

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 88/39  
Telefax: 885 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Wolfgang Roth MdB zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels in Paris: Nur die Show war beeindruckend.

Seite 1

Julian Gyger zu einem verhängnisvollen Spiel mit dem Feuer: Drohküppel Schönhuber.

Seite 3

Wilhelm Schmidt MdB zum Verhältnis Jugend-Politik: Der Dialog war zu oft bloße Show.

Seite 4

Rudolf Scharping MdL zu dem vor einem Jahr vom Mainzer Landtag gemeinsam gefaßten Beschluß gegen Fluglärm: Resolution gegen Tieffliegerei endlich in Taten umsetzen.

Seite 6

44. Jahrgang / 134

17. Juli 1989

Nur die Show war beeindruckend

Zum Abschluß des Weltwirtschaftsgipfels in Paris

Von Wolfgang Roth MdB  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Der soeben zuende gegangene Weltwirtschaftsgipfel von Paris hat keines der heutigen Weltwirtschaftsprobleme angepackt und einer Lösung nähergebracht. Weder für die Verschuldung der Dritten Welt, noch für globale Umweltprobleme wurden Auswege gefunden. Die reformwilligen Länder Osteuropas warten weiterhin auf einen umfassenden Hilfsansatz. Die Weltwirtschaft bleibt daher in einem fragilen Zustand.

Vor allem die Bundesregierung ist ihrer Rolle nicht gerecht geworden. Sie hätte Motor einer Stabilisierung der Weltwirtschaft sein können. Statt dessen hat sie den Kopf in den Sand gesteckt. Das ganze Pariser Spektakel hat uns um eine Illusion ärmer gemacht.

Denn: Obwohl das Treffen der sieben Staats- und Regierungschefs der führenden Industriestaaten schlecht vorbereitet war, hätten sich am Ende und damit überraschend Vereinbarungen treffen lassen: Polens Staats- und Parteichef General Jaruzelski hatte unmittelbar vor Gipfel-Beginn die Initiative ergriffen und einen präzisen monetären Lösungsvorschlag für sein notleidendes Land vorgelegt. Auch Vorschläge einer Expertenkommission unter Leitung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt waren als Ermutigung an die Adresse der Gipfel-Teilnehmer zu verstehen, der Weltwirtschaft Ziele zu geben und für bedrängte Staaten mutige Programme zu formulieren.

Die Pariser „Gipfel-Stürmer“ sind in den Startlöchern hängen geblieben: Beim Schuldenproblem soll es praktisch so weitergehen wie bisher - Hilfe von Fall zu Fall, und im übrigen sollen die Banken einspringen. Das ist für manche Entwicklungsländer zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel.

Bundeskanzler Helmut Kohl ist anzukreiden, daß er Staatspräsident Mitterrands Vorschlag eines Nord-Süd-Gipfels ignoriert hat.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Keményer-Druck  
auf erweichten Recycling-Papier



Auch die Frage, wie die Weltwirtschaft insgesamt in einen stabilen Zustand versetzt werden könnte, blieb unbeantwortet. Das erreichte Wachstumsniveau ist zerbrechlich, die wirtschaftlichen Aussichten vor allem in den USA sind ungewiß. Kein Staats- und Regierungschef hatte den Mut, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Handelsströme neu austariert werden könnten. Hier fehlten ganz besonders Vorschläge der Bundesregierung. Sie spielt statt dessen den satten und reichen Vetter aus dem Norden, der sich durch Not und Elend nicht beeindrucken läßt. Nicht einmal das als Hauptthema benannte Lösen globaler Umweltprobleme wurde fruchtbar diskutiert. Es bleibt bei Absichtserklärungen und dem Vertrösten auf eine bessere Zukunft. Das Versagen der Bonner Regierung ist auf diesem Feld besonders kläglich. Die Bundesrepublik verfügt über eine sich rasch entwickelnde Umweltindustrie, der es international die Wege zu ebnen gilt, und die in der Bundesrepublik durch staatliche Programme zu fördern ist. Statt mit diesem Pfund zu wuchern, verschläft die Bundesregierung die Zukunftschancen der Umweltbranchen.

Am ehesten entwickelte sich so etwas wie Bewegung auf dem Pariser Gipfel bei den Hilfen für die reformwilligen Länder Osteuropas. Ob sich aber Versprechungen zu einer umfassenden Hilfe aus den Liquiditätsengpässen und den Technologie-Rückständen Osteuropas mausern, steht noch in den Sternen. Als Haupthandelspartner dieser Länder im Westen stände uns gut an, eine Vorreiterrolle zu übernehmen. Davon ist nichts zu merken.

Erfüllt war der Gipfel von Erfolgsmeldungen aus den Wortfabriken der Regierungen. Glaubt man den Bekundungen der Regierungsvertreter, ist eigentlich alles bestens. Nur: Die Summe aller guten Absichtserklärungen und Erfolgsmeldungen ergibt keineswegs eine Strategie zur Sicherung des weltwirtschaftlichen Wachstumsprozesses. Der Gipfel war daher in erster Linie eine Ersatzveranstaltung der PR-Abteilungen aus sieben Regierungen. Und damit hat er einmal mehr seinen Sinn verfehlt.

Auffällig war in Paris neben dem Jubelcharakter des Gipfels, daß sich ein drohender Unterton in so manche Gespräche mischte: Es geht nämlich die Furcht vor einem Handelskrieg in den Regierungen um. Manchem Regierungsvertreter dämmert, welche Konflikte bevorstehen, wenn sich die Handelsbilanzungleichgewichte zementieren - und zwar in der heutigen Größenordnung oder mehr.

Praktisch alle Industrienationen bereiten sich darauf vor, innere ökonomische Schwierigkeiten durch Exportoffensiven zu regeln, und parallel dazu wächst die Neigung, Schutzbeschränkungen für den eigenen Binnenmarkt zu erreichen.

Das wäre ein Rückfall in die Raubrittermentalität, den vor allem die Bundesrepublik treffen würde. Wir müssen Druck ausüben, daß die Märkte offen bleiben oder überhaupt geöffnet werden. Hier hätte die Bundesregierung ebenfalls ein Zeichen setzen können. Sie hat dies unterlassen, weil sie wegduckt vor Konflikten und lieber anpasserisch im Strom mitschwimmt. Alles in allem war der Gipfel eine zutiefst ernüchternde Veranstaltung. Nur die Staffage stimmte, das „Drumherum“. Der Yuppie-Slogan „Don't worry, be happy“, trifft noch am ehesten den Charakter dieses Gipfels, denn auch er besteht - perfekt einstudiert und gefällig vorgetragen - im Kern aus Nonsens.

(-/17.7.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

**Drohknüppel Schönhuber**

Zu einem verhängnisvollen Spiel mit dem Feuer

Von Julian Gyger

Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll gegenüber der Politik zu vertreten, ist das selbstverständliche Recht, sogar die Pflicht von Repräsentanten berufsständischer oder sonstiger gesellschaftlicher Gruppen.

Aufgabe von Parteien und Regierungen ist es, Wünsche und Forderungen von Einzelnen oder Gruppen in Einklang mit dem Gemeinwohl zu bringen. Dabei sind Interessenkollisionen oftmals unvermeidbar. Die seit einiger Zeit zunehmend zu beobachtende Neigung von Verbandsoberen, ihren Forderungen dadurch Nachdruck zu verleihen, daß im Falle der Nichterfüllung unverhohlen mit dem Knüppel „Republikaner“ gedroht wird, ist allerdings ein demokratisch unverantwortliches Spiel mit dem Feuer.

So erwiesen die Vertreter von Polizeigewerkschaften dem Ansehen der Polizei einen Bärendienst, als sie kaum überprüfbare Umfragen über angeblich besonders hohe Sympathien für die Republikaner unter ihren Mitgliedern aus durchsichtigen Gründen mit großem Getöse publizierten. Gleiches gilt für den plumpen Versuch des Präsidenten des Landesjagdverbandes, der mit einer offenkundig windigen Wahl-„Analyse“ auf seine eigene Partei und Regierung versuchte Druck zu machen.

Mit seiner sofortigen Bereitschaft, die Interessen der Jagdscheininhaber zum Gegenstand einer Kabinettsitzung zu machen, hat Ministerpräsident Streibl einen höchst bedenklichen Präzedenzfall geschaffen. Dies gilt umso mehr, falls zutrifft, daß dieses Thema, wie zu hören war, nahezu die gesamte Beratungszeit einer Ministerratssitzung in Anspruch nahm. (Ein überzeugendes Dementi wird gerne zur Kenntnis genommen.)

Eine derartige Beflissenheit kann doch nicht anders verstanden werden denn als Einladung und Signal an die Gesamtheit aller Verbände, es Herrn Frank gleichzutun. Wenn das Schule macht, kann die CSU sämtliche Strategien gegen die Republikaner in den Ofen werfen.

Abgeordnete der SPD, denen kürzlich Vertreter einer anderen Berufsgruppe ebenfalls meinten mit dem „Beelzebub“ Schönhuber drohen zu können, haben sich dies umgehend lautstark und energisch verboten.

Man kann ja je nach politischem Standort trefflich darüber streiten, in welcher Partei die jeweiligen Interessen am besten aufgehoben sind. Aber auch der bornierteste Lobbyist sollte wissen, daß er von den Republikanern inhaltlich nun wirklich keine Alternative zu erwarten hat.

Scheinheilig vor dem Rechtsradikalismus zu warnen und gleichzeitig mit ihm politische Geschäfte machen zu wollen, diese Art von Gruppensport hat gerade noch gefehlt. Wer hier die Schleusen öffnet, versündigt sich am demokratischen Gemeinwesen. (-/17.7.1989/vo-he/rs)

Der Dialog war zu oft bloße Show

Mangelndes Ansehen der Parteien bei der Jugend: Nichts Neues - aber  
eine Reaktion ist schon seit Jahren nicht zu vermelden!

Von Wilhelm Schmidt MdB

Offenbar wächst der Abstand und das Mißtrauen unter den Jugendlichen gegenüber den Parteien, und zwar gegenüber allen. Die Ergebnisse der von NRW-Sozialminister Hermann Heinemann in Auftrag gegebenen Infas-Umfrage sprechen eine deutliche Sprache. Die Akzeptanz gegenüber den einzelnen Parteien ist auf einen Tiefstand gesunken. Zwar kommt die SPD mit 25 Prozent vergleichsweise am günstigsten davon (CDU/CSU 15 Prozent, Grüne zehn Prozent, FDP zwei Prozent, Sonstige zwei Prozent), doch kann dies wohl kaum beruhigen.

Andererseits ist das Umfrageergebnis keine Überraschung. Schon die Shell-Studie, der Bericht der schweizerischen eidgenössischen Kommission, der Bericht der Enquetekommission „Jugendprotest im demokratischen Staat“ sowie die Untersuchung des Ailensbach-Instituts über die Motive junger NichtwählerInnen haben in den vergangenen 15 Jahren immer wieder auf diesen Trend hingewiesen. Es ist Heinemanns Verdienst, dies durch die neuerliche Umfrage wieder ins Bewußtsein zurückgeholt zu haben.

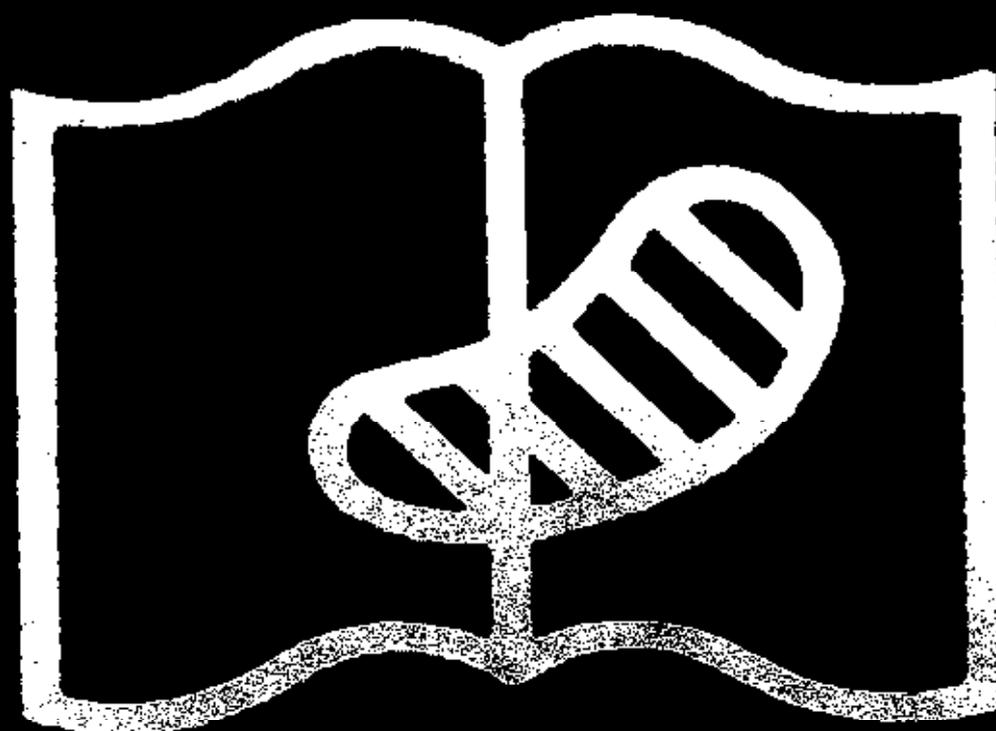
Erinnern wir uns an einige Hinweise, die von den PolitikerInnen in den vergangenen Jahren verdrängt worden waren. Sie waren nicht nur statistisch untermauert, sondern schon mit deutlichen Aussagen versehen, die eine Handlungsgrundlage hätten sein können. So liest man zum Beispiel schon 1982 von der Enquetekommission: „...Vertrauen der Jugendlichen in Politiker und Parteien erheblich darunter gelitten hat, daß diese sich in den Augen vieler zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme als mehr oder weniger unfähig erweisen. Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind aber auch eine Frage von Stil und Methoden von Politik...“. Der von PolitikerInnen organisierte „Dialog mit der Jugend“ entpuppte sich vielfach als Showgeschäft, die Bühne des Bundestages als zu weit entfernt von den kleinen und großen konkreten Sorgen junger Menschen.

Wenn man berücksichtigt, daß diese Vorgänge ihren überwiegenden Ausgangspunkt in der allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklung haben, in die Jugendliche wie PolitikerInnen gleichermaßen eingebettet sind, fragt man sich in der Rückschau, warum nicht wenigstens Teile von ihnen diese Trends aufhalten wollten. Natürlich sind die zunehmende Kompliziertheit der Entscheidungsprozesse (im Staat wie in der Wirtschaft und teilweise sogar in der Kultur), der wachsende und

durch konservative politische Entscheidungen geförderte Egoismus, das zunehmende Auseinanderdriften von Ansprüchen und Realisierungschancen, die geringeren Stabilisierungselemente in Familie und Schule, der Abbau von früher bedeutsamen Wertgrundlagen ohne nennenswerten oder ohne akzeptierten Ersatz und manches andere Phänomen mehr für den einzelnen schier unaufhaltsame Prozesse. Wenn aber die großen Parteien - wie die SPD zuletzt wieder in gut formulierter Form bei Parteitag in Münster 1988 - nur zu beschwörerischen Formeln und Programmsätzen finden, dann mangelt es nach meiner Auffassung in all den Jahren an einem: an der konkreten Hinwendung zur Jugend. Und als erster parlamentarischer Kinderbeauftragter füge ich mit Nachdruck und Überzeugung hinzu: Heute muß auch schon Kindern gegenüber aufrichtig und wertvermittelnd gegenübergetreten werden.

Warum ist es eigentlich im Laufe der Jahre eher noch schwieriger geworden, unter den öffentlich herausgestellten PolitikerInnen wirklich jugendpolitisch Interessierte zu finden? Ist es nicht auch für Finanzpolitiker, Außenpolitiker und andere hochgestellte Persönlichkeiten eine lohnenswerte Variante ihrer Betätigung, eine Reflexion auf die Interessen der Kinder und Jugendlichen wenigstens ab und zu einmal vorzunehmen? Warum wird auf allen Ebenen über die vermeintlich „freiwilligen Aufgaben“ der Jugend-, Sport- und Kulturpolitik so restriktiv verhandelt, während der „Jäger 90“ zum Beispiel bei den derzeit Regierenden so locker über die politische Rampe gebracht wurde? Die präventive und kontaktvermittelnde Funktion dieser drei politischen „Stiefkinder“ wird offenbar nach wie vor sträflich unterschätzt. Dies alles würde aber dennoch zwei wichtige Komponenten nicht ersetzen können, die für eine Wiedergewinnung der Jugend durch die Politik sicher unerlässlich sind: Der persönliche Einsatz aller PolitikerInnen zur Zusammenarbeit mit der Jugend und die Hinwendung der Medien zu einer Berichterstattung, die nicht mehr Sensationen, Egoismen, Kauflust und ähnliche neue Fetische in den Vordergrund rückt. Bestimmte parlamentarische Mehrheiten haben die Trends in den zurückliegenden Jahren durch das Setzen von politischen Rahmenbedingungen stark gefördert, die wirtschaftliche Entwicklung hat diesen Kräften vermeintlich Recht gegeben. Zu langsam kommen einige Besonnenere zu der (späten) Erkenntnis, daß die dadurch organisierten Prozesse der gesellschaftspolitischen Verträglichkeit unter den Erwachsenen - und mehr noch bei Kindern und Jugendlichen - zu viele Belastungen mit Langzeitfolgen hervorrufen. Die Abkehr vom vermeintlichen Urheber, der Politik, ist dann leicht - obwohl klar sein dürfte, daß sie es nicht allein ist, die geprügelt werden muß. Und trotz aller Selbstkritik, die in die Reihen der SPD gehört, muß objektiv festgehalten werden, daß es die Regierungsmehrheiten der CDU/CSU/FDP im Bund und vielen Ländern und Gemeinden waren, die den negativen Trend zementiert haben. Leider ist nun schon weit über ein Jahrzehnt das nicht zu bremsen gewesen, was Björn Engholm einmal den „organisierten Kalten Kaffee“ genannt hat.

(-/17.7.1989/vo-he/st)



...ungs  
...ente  
...war  
...erung  
  
...der  
...ug-  
...des  
...igen  
...on  
...ese.  
  
...en,  
...dem  
  
...er-  
...er  
...er  
...er